

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halber: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dählerbrück, Königsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheld, Meinerzhagen, Balber, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halber i. B. - Fernsprecher Nummer 442, Amt Halber. - Telegramm-Adresse: Anzeiger Halber

Nr. 35

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspfennig für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 40 Reichspfennig - Offertgebühren 30 Reichspfennig und Porto. -

Halber
Freitag, den 10. Februar

Erscheint werktäglich
mit 4 Gratisbeilagen. Bezugspreis monatl.
Mk. 1.85 einschl. 30 Pfg. Postgeb. u. 36 Pfg. Zustellgeb.
- Postcheckkonto: Dortmund 2941. -

1933

Die heutige Ausgabe umfasst 8 Seiten
und die Beilage: „Zeitgeschehen im Wochenbild“

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Follerhöbungen zum Schutze der Landwirtschaft wurden für Vieh, Fleisch und Schmalz von der Reichsregierung beschloffen.

* Die Zahl der Arbeitslosen weist mit 6 014 000 eine verhältnismäßig geringe Steigerung aus. Es machen sich Zeichen konjunktureller Besserung bemerkbar.

* Das Namensschild des Kreuzers „Emden“ soll von dem australischen Minister in London, Bruce, dem Reichspräsidenten überreicht werden.

Der rasende Herriot.

Dem ehemaligen französischen Ministerpräsidenten Herriot hat es nicht das allgeringste geschadet, daß er im Dezember vorigen Jahres von einer gewaltigen Kammermehrheit gestürzt wurde, die es ablehnte, die Schuldenrate Frankreichs an Amerika zahlen zu lassen. Im Gegenteil, — es hat ihm in seiner Stellung als französischer Politiker gewaltig genützt. Denn während sich erst sein Nachfolger Paul-Boncour, dann der jetzige Ministerpräsident Daladier mit den Finanz-, Steuer- und Defizitfragen abquälen dürfen, übernahm Herriot den Präsidentensitz im Außenpolitischen Ausschuss der Deputiertenkammer. Damit hat er eine Stellung inne, die ihm einen wohl noch größeren Einfluß auf die französische Außenpolitik verleiht als dem dafür zuständigen Minister und außerdem auf einem Gebiete, wo er mit parteipolitischen Gegensätzen höchstens in einer graduellen Art zu rechnen hat. Herriot hat sich übrigens in einigen Erklärungen — natürlich auch aus außenpolitischen Gründen — seit seinem Sturz mit einigen Veränderungen der Rechtsopposition genähert und sprach von der Schaffung eines „republikanischen Blocks“, — während doch der Ministerpräsident, ebenfalls ein Radikalsozialist, mit den links von ihm stehenden Parteien zusammenarbeitet und sich von diesen stützen läßt. Aber Herriot kümmert sich nicht darum, braucht es auch nicht zu tun, da Daladier seine ganze Arbeitskraft und Aufmerksamkeit den innen- und finanzpolitischen Absichten und Geschäften zuwenden muß und daher die Außenpolitik seinen beiden Parteifreunden Boncour, dem Außenminister, und Herriot überläßt. Ersterer ringt um die Kleinigkeiten und Kleinlichkeiten der Abrüstungsfrage auf der Konferenz in Genf, aber Herriot macht an der Spitze des Auswärtigen Ausschusses „große Politik“.

Daß diese deutschfreundliche oder auch nur von dem Versuch getragen ist, für die elementaren Forderungen Deutschlands nach Lebens- und Atemraum auch nur das geringste Verständnis zu zeigen, wird auch der ärgste politische Feind Herriots diesem nicht vorwerfen können!

Die Tätigkeit des Diplomaten oder Staatsmannes besteht darin, Spannungen zu schaffen, wenn keine da sind; denn sonst hätte er nichts zu tun. Daß besorgt nun Herriot als Vorsitzender des Kammerausschusses. Er ist der Mann von Lausanne, aber auch des damaligen Paktes mit England über die gemeinsame Nachunterzeichnung der Lausanner Vereinbarungen, wenn Amerika nicht genügendes Entgegenkommen in der Schuldenfrage zeigt. Diese Front jerschellte, dafür hat nun aber Frankreich ganz freie Hand darin, das Lausanner Abkommen mit Deutschland zu ratifizieren oder nicht. Und nun malt in allen uns wohl bekannten Farben auch Herriot das Bild eines rasch erstarrenden Deutschlands, das auch dieselben schweren Waffen, Kampfflugzeuge usw. für sich fordert wie die übrigen Mächte. Vor den — man verzeihe das harte Wort! — geistigen Augen seiner Zuhörer entstand das Bild eines bis an die Zähne sich rüstenden deutschen Volkes von 65 Millionen, für das es dann nur ein Ziel gibt: Zerstörung alles dessen, was im Versailler Frieden geschaffen und bestimmt worden ist. Daß dies alles unter Führung der neuen deutschen Regierung der „Racists“ (Nationalsozialisten), der „nationalistischen“ (Deutschnationalen) und des „stahlhelms“ angebaut und vor sich gehen würde, ist für Herrn Herriot eine ganz ausgemachte Sache.

Immer melancholischer wird die Stimme Herriots, immer dunkler die Farben, mit denen er das Bild der gegenwärtigen außenpolitischen Lage malt. Schnell springt — vielleicht auf Bestellung! — ein Ausschussmitglied der radikalen Rechten auf, stellt an Herriot, und ihn zu schärferer Zeichnung zu zwingen. Wie steht es mit den Deutschen — Bundesgenossen? Gibt es schon eine Triple-Entente zwischen Deutschland, Ungarn, Italien? Soll diese für Deutschland den polnischen Korridor, für Italien die dalmatinische Küste den Jugoslawen abnehmen? Herriot zuckt die Achseln; er weiß es nicht, aber er hält es für zweifellos, daß am 7. August ein Bündnis vereinbart worden sei zwischen Deutschland und Italien; rausgetriegt habe er nicht, ob dies Bündnis auch unterzeichnet sei. Daß ist eine Antwort Herriots, die geradezu raffiniert ist; denn damals waren zwei Mitglieder der jetzigen deutschen Reichsregierung in Rom, und Herriots habe Vermutung und „Befürchtung“ wird von seinen Zuhörern in der Kammer und den Leuten draußen im Lande als ganze Tatsache aufgefaßt werden. Auch das ist beachtlich, ebenso daß jene Fragen draußen als Gewissheiten angesehen werden sollen.

Aber Herriot hat auch gleich einen Trost bei der Hand. Jugoslawien und Polen seien von der deutsch-italienischen „Gefahr“ schon „schwer beunruhigt“ und — vielleicht könne man mit Rußland die Beziehungen enger und fester knüpfen. Denn die neue deutsche Regierung sei ja äußerst scharf gegen den Bolschewismus eingestellt,

Frankreichs Alpdruck

Französische Alarmrufe.

Der „Alpdruck der Koalitionen“, unter dem seinerzeit Bismarck, wie er erzählt, gelitten hat, scheint jetzt auf Frankreich übergegangen zu sein. Es sieht in jeder selbständigen Regierung des nationalen Deutschlands eine Spitze gegen sich, und hinter jeder freundschaftlichen Äußerung des Auslands Deutschland gegenüber wittert es voll Mißtrauens und schlechten Gewissens ein antifranzösisches Bündnis. Darüber hinaus bemüht es sich aber auch, ohne selbst an ihr Bestehen zu glauben, Gerüchte über Offensivgeheimabkommen Deutschlands mit anderen Ländern in die Welt zu setzen, um bei anderen Interessenten gegen Deutschlands außenpolitische Bemühungen zu hegen und Gegenminen zu legen. So hat die letzte Sitzung des Auswärtigen Ausschusses der Französischen Kammer unter dem Zeichen angeblicher deutsch-italienisch-ungarischer Beziehungen gestanden.

Dabei wurde von seiten des rechtsstehenden Abgeordneten Ybarnegary die Behauptung aufgestellt, daß zwischen diesen drei Mächten am 7. August v. J. ein Defensiv- und Offensivabkommen unterzeichnet worden sei. Herriot soll darauf erklärt haben, daß er ein derartiges Abkommen zwar vermute, daß er aber den Dui d'Orsay verlassen habe, ohne positive Beweise dafür in Händen zu haben.

Er soll schließlich erklärt haben, daß zum mindesten zwischen Deutschland und Ungarn einerseits und Ungarn und Italien andererseits ein derartiger Vertrag unterzeichnet worden sei.

Zu diesen Behauptungen des französischen Abgeordneten über ein deutsch-italienisch-ungarisches Geheimabkommen wird von zuständiger deutscher Stelle erklärt, daß hiervon nichts bekannt sei. Eine ähnliche Behauptung ist übrigens schon vor einigen Wochen aufgestellt und bereits damals dementiert worden.

Im übrigen bezeichnete in der französischen Ausschusssitzung Herriot die gegenwärtige außenpolitische Lage als äußerst ernst, gab aber der Hoffnung Ausdruck, daß die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland und vor allem der Kampf gegen den Kommunismus dazu beitragen würden, die französisch-russischen Beziehungen zu verbessern. In diesem Zusammenhang erklärte Herriot, daß in der nächsten Zeit in Moskau und Paris an der französisch- und der russischen Botschaft wieder Militärattachés ernannt werden sollen.

Ybarnegary erklärte ebenfalls in der deutlichen Absicht, sich bei Rußland anzubiedern, daß der Reichskanzler Frankreich und den übrigen Großmächten demnächst ein Bündnis gegen den Kommunismus anbieten werde, daß man sich französischerseits aber vor einem derartigen Angebot hüten müsse.

Frankreichs Vorstoß in der Abrüstungskonferenz

Paris lehnt Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung ab!

Paul-Boncour erklärt: „Fünf-Mächtevereinbarung bindet die Konferenz nicht!“

Die Donnerstagssitzung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz nahm einen interessanten Verlauf. Auf die Feststellung des Botschafters Adolphe hin, daß die Gleichberechtigungsfrage bereits grundsätzlich und endgültig in der Fünf-Mächte-Erklärung vom 11. Dezember geregelt sei, gab Paul-Boncour eine Erklärung ab, in der er die Regelung der Gleichberechtigungsfrage vollständig in Abrede stellte.

Über die Tragweite der Fünf-Mächte-Vereinbarung seien „durchaus verschiedene Auffassungen“ vorhanden. Die Erklärung binde die Konferenz nicht und sei „lediglich eine Vereinbarung“ zwischen einigen wenigen Mächten. Die Gleichberechtigungsfrage könne nur in unlöslichem Zusammenhang mit der Organisation der europäischen Sicherheit behandelt werden (!).

Die französische Regierung hat damit zum erstenmal die am 11. Dezember getroffene Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung abgelehnt. Adolphe meldete sich daraufhin unverzüglich zum Wort. Ebenso hat der englische Staatssekretär Eden den Präsidenten um das Wort zu einer Beantwortung der an ihn von Adolphe gerichteten Frage, ob die englische Regierung den deutschen Standpunkt über die endgültige Regelung der Gleichberechtigungsfrage teile. Henderson lehnte es jedoch ab, den Vertretern Deutschlands und Englands das Wort zu erteilen mit der „Begründung“, daß die Sitzung des Präsidiums „wegen anderweitiger Sitzungen des Völkerbundes geschlossen“ werden müsse (!).

„Endgültig geregelt!“

Botschafter Adolphe wird daher in der nächsten Sitzung des Präsidiums die offizielle deutsche Erklärung abgeben, daß die deutsche Regierung die Gleichberechtigungsfrage als endgültig geregelt ansehe, daß für Deutschland allein die Vereinbarung der fünf Großmächte vom 11. Dezember maßgebend sei und daß die deutsche Regierung eine weitere Aussprache über diese bereits entschiedene Frage unter keinen Umständen zulassen werde.

Im weiteren Verlauf der Sitzung versuchte Paul-Boncour die für Deutschland entscheidende Frage der qualitativen Herabsetzung der Rüstungen völlig in den Hintergrund zu rücken und verlangte in erster Linie die Durchberatung der französischen Vorschläge für den europäischen Sicherheitspakt und die Regelung der effektiven Truppenbestände.

Nachdem die Vertreter von Holland, Schweden und Rußland in Übereinstimmung mit dem deutschen Standpunkt auf die Notwendigkeit sofortiger und endgültiger Entscheidungen hingewiesen hatten, wurden die Verhandlungen auf Freitag vertagt.

werde diesen Kampf wohl auch außenpolitisch führen wollen, und diese Absichten Deutschlands, die Frankreich natürlich nicht mitmachen würde, könnten zu einem Gewinnposten für die französische Politik werden.

Also sprach Herriot, der politisch heute mächtigste Mann in Frankreich. Vielleicht darf man aus einem deutschen Dichter darauf antworten:

„Wär der Gedank' nicht so verwünscht geachtet,
Man wär' versucht, ihn herzlich dumm zu nennen.“

Deutschland warnt die Mächte.

Bei Beginn der Verhandlungen im Präsidium der Abrüstungskonferenz hatte Adolphe noch unter allgemeiner Spannung erklärt, die deutsche Regierung halte sich für verpflichtet, auf die außerordentlichen Gefahren hinzuweisen, die ein Vorgehen nach sich ziehen würde, durch das man lediglich den Zusammenbruch der Konferenz vor der Weltöffentlichkeit verschleiern wolle. Die Versuche, eine Abrüstungsabkommen ohne eine entscheidende Herabsetzung der Rüstungen auszuarbeiten, würden zu „unübersehbaren Folgen“ führen.

Die deutsche Regierung hat damit zum erstenmal angekündigt, daß sie sich im Falle eines Scheiterns der Abrüstungsverhandlungen durch die Schuld der übrigen Mächte ihre Entscheidung für die Zukunft vorbehalten müsse.

Die grundsätzlichen deutschen Forderungen.

Die deutsche Abordnung wird in den weiteren Verhandlungen mit Nachdruck den grundsätzlichen Standpunkt vertreten, daß weitestgehende Aussprachen und technische Sachverständigenprüfungen nicht mehr zugelassen werden könnten, und daß jetzt nur durch Abstimmungen die unbedingt notwendigen Entscheidungen herbeizuführen seien. Die deutsche Abordnung werde sich jeder Aussprache über die Gleichberechtigungsfrage widersetzen und zu den einzelnen Punkten des Arbeitsprogramms die praktische Anwendung der Deutschland anerkannten Gleichberechtigung fordern.

Die Grundlage der deutschen Abänderungsvorschläge sei: 1. die als verboten zu erklärenden schweren Angriffswaffen müssen zerstört werden; 2. der deutsche Rüstungsstand ist in Zukunft von dem Rüstungsstand der übrigen Mächte abhängig zu machen. Ferner wird von deutscher Seite beantragt werden, daß in dem kommenden Abrüstungsabkommen die effektive Truppenstärke eines jeden Landes festgesetzt wird.

Frankreichs Sabotage in Genf.

England zum Vorstoß Paul-Boncour's.

Die Erklärungen Paul-Boncour's in der Sitzung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz werden in englischen Kreisen als die schärfste Stellungnahme von französischer Seite gegenüber Deutschland bewertet, die man in den letzten Jahren gehört habe. Nach allgemeiner Auffassung hat sich damit die französische Regierung von der Fünf-Mächte-Erklärung vom 11. Dezember über die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung losgesagt. Der neue Vorstoß wird damit zu einer bewußten Sabotage der Abrüstungskonferenz durch Frankreich.

Kurze politische Nachrichten.

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich wird über die Klagen der preußischen Minister gegen das Reich in folgender Besetzung zu befinden haben: Vorsitzender Reichspräsident Bumke, Beisitzer: Reichsgerichtsräte Hagemann, Schmitz und Dr. Epping und Oberverwaltungsgerichtsräte Dr. von Müller, Dr. Gumbel und Dr. Striegler.

Nach dem Ausweis der Reichsbank hat sich in der verfloßenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 105,3 Millionen auf 2891,0 Millionen Mark vermindert. Die Bestände an Gold und bedeckungsfähigen Devisen haben sich um 2,3 Millionen auf 920,2 Millionen Mark vermindert. Die Deckung der Noten durch Gold und bedeckungsfähige Devisen betrug 28,4 gegen 27,6 Prozent am Ultimo Januar d. J.

Staatssekretär Dr. Zweigert, der bekanntlich aus dem Innenministerium ausgeschieden ist, hat auch den Vorsitz der Stiftung Reichsheldenmal niedergelegt. An seine Stelle ist der neue Staatssekretär im Reichsinnenministerium, Dr. Pfundtner, getreten.

Kardinal Frühwirth ist in Bonn im Alter von 88 Jahren gestorben. Nach dem Tode Frühwirths, der an Jahren der älteste Kardinal des Kollegiums war, beträgt die Zahl der Kardinäle nur noch 52. Es sind also 18 Kardinalshüte zu vergeben.

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband hat an den Reichskanzler, den Vizekanzler und den Reichsminister Geheimrat Dr. Hugenberg ein Protesttelegramm gegen die oldenburgische Sparkassenverordnung geschickt, in dem dringend gebeten wird, die erforderlichen Maßnahmen zur Aufhebung der oldenburgischen Verordnung in die Wege zu leiten und dafür Sorge zu tragen, daß die Selbstständigkeit der deutschen Sparkassen im Interesse ihrer acht Millionen Sparer nicht angetastet wird.

Wie verlautet, sind die Verhandlungen, die zwischen der deutschen Gesandtschaft in Buenos-Aires und der argentinischen Regierung wegen des Handelsvertrages geführt werden, zur Zeit noch im Gange. Man hofft, die Verhandlungen in nicht allzu langer Zeit zu einer befriedigenden Regelung führen zu können.

Der Gehaltsverzicht des Reichskanzlers.

Die Nachricht, Reichskanzler Adolf Hitler habe auf sein Gehalt als Reichskanzler verzichtet, ist, wie amtlich mitgeteilt wird, in der Öffentlichkeit vielfach mit der Behauptung angegriffen worden, ein Gehaltsverzicht eines Reichsministers oder eines Beamten sei rechtlich unzulässig. Dem Reichskanzler ist sehr wohl bekannt, daß einem generellen Gehaltsverzicht rechtliche Bedenken entgegenstehen. Hier handelt es sich jedoch um die Überweisung des monatlichen Gehalts auf Anweisung des Reichskanzlers Adolf Hitler an ein noch zu bildendes Kuratorium, das die eingehenden Beträge für noch näher zu bestimmende wohltätige Zwecke verteilen wird.

Reichstags-Aberwachungsausschuß wieder einberufen.

Der Aberwachungsausschuß des Reichstages ist jetzt von seinem Vorsitzenden, Löbe (Soz.), auf Dienstag, 14. Februar, 12 Uhr, einberufen worden. Die Tagesordnung ist unverändert geblieben. Auf ihr stehen die sozialdemokratischen Anträge auf Sicherung der Wahlfreiheit und auf Weiterberatung der Stille.

Ein zweiter Brief Löbes an Göring.

Löbe hat an den Reichstagspräsidenten Göring ein zweites Schreiben gerichtet, in dem er für die Bereitwilligkeit zu einer Vermittlung anlässlich der Zwischenfälle im Ausschuß dankt, aber betont, daß eine solche direkte Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Frankl ihm unmöglich erscheine. Löbe erklärt dann, die Beschimpfungen der nationalsozialistischen Ausschußmitglieder gegen ihn seien „zehnmal schwerer als der Ausdruck, der ihm in völlig entstellter Form aus einer Wählerversammlung zugesprochen wurde. Unter diesen Umständen hätten sich die Nationalsozialisten bei ihm zu entschuldigen. Löbe wiederholt dann das Ersuchen, einen geordneten Verlauf der Ausschußverhandlungen zu ermöglichen und bittet den Reichstagspräsidenten, an den Ausschußverhandlungen selbst teilzunehmen, um damit Zeuge etwaiger neuer Störungsversuche zu sein.

Reichslandbund fordert völlige Buttereinfuhrsperrung.

Der Reichslandbund hat ein Telegramm an den Reichskanzler und den Reichsernährungsminister gerichtet, in dem erklärt wird: Da für den Butterpreis, der am Donnerstag wieder um fünf Mark gefallen sei, ein weiterer Sturz zu befürchten wäre, müsse die Reichsregierung sofort eingreifen. Der gegenwärtige Notstand rechtfertige die sofortige völlige Sperrung der Grenzen gegen Butterüberschwemmung und scharfe sonstige Eingriffe zur Marktbereinigung.

Leichte Erhöhung der Arbeitslosigkeit.

Anfänge beginnender Saisonbelegung. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes wurde durch den strengen Frost, der während der zweiten Januarhälfte in den meisten Teilen des Reiches herrschte, ungünstig beeinflusst. Trotzdem blieb die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen mit rund 6 014 000 nach einer Zunahme um rund 48 000 Ende Januar hinter der entsprechenden Zeit des Vorjahres (6 042 000) zurück. In der zweiten Januarhälfte 1932 belief sich die Zunahme noch auf rund 76 000. Die Kurve, die zur Zeit dicht vor ihrem jahreszeitlichen Höhepunkt angelangt sein dürfte, hat sich also weiterhin verflacht.

Für die Unterstützungseinrichtungen des Reiches und der Reichsanstalt hat sich die wachsende Belastung des Arbeitsmarktes der vorigen Berichtszeit erst jetzt nach Ablauf der Winterzeiten ausgewirkt. In der Arbeitslosenversicherung sind Ende Januar rund 953 000 (Zunahme: rund 85 000), in der Krisenfürsorge rund 1 419 000 (Zunahme: rund 71 000) Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Damit wurden insgesamt rund 2 372 000 Arbeitslose, also wieder rund die Hälfte der Unterstützten — von der Reichsanstalt unterstützt. Die Zahl der anerkannten Wohlfahrts-erwerbslosen belief sich Ende Januar auf rund 2 427 000.

Im Freiwilligen Arbeitsdienst wurden trotz planmäßiger Beendigung oder durch Frost erzwungener Unterbrechung zahlreicher Maßnahmen Ende Januar noch immer etwa 175 000 Dienstfreiwillige be-

schäftigt. Zur gleichen Zeit waren schon mehr als 100 000 Jugendliche vom

Notwerk der Deutschen Jugend

erfaßt. Die Zahl der Jugendlichen, die an den beruflichen Bildungsmaßnahmen der Reichsanstalt teilnahmen, geht weit darüber hinaus. In allen Berufsgruppen, die von der Witterung abhängen, ist die Arbeitslosigkeit gestiegen. Im übrigen zeigten sich jedoch mehrfach Anzeichen einer beginnenden Saisonbelegung.

4370 Waggons Liebesgaben.

Großer Erfolg der Winterhilfe.

Die Winterhilfeaktion hatte im Januar einen Erfolg, der alle Erwartungen übertrifft. 4370 Waggons waren erforderlich, um die Liebesgaben an ihren Bestimmungsort zu schaffen, und der Frachtwert dieser Mengen beliefert sich auf rund 330 000 Mark, die also die Reichsbahn ihrerseits spendet, da sie ja für diese Transporte Frachtfreiheit gewährt. Der Sachwert dieser Sendungen geht natürlich in die Millionen. Vor allem sind es Naturalspenden, die mit größter Opferwilligkeit gegeben werden. Kohle und Kartoffeln stehen an erster Stelle. Und diesmal sind es besonders Süddeutschland und der deutsche Osten, die sich an Gutes freudig hervortun. Die Organisationen und Persönlichkeiten, die vor allem an der Aktion tätig sind, hatten eigentlich befürchtet, daß die Verhältnisse der Zeit das Hilfswerk beeinträchtigen könnten. Aber auch jetzt zeigt die Bevölkerung einen Opfergeist, der überrascht.

Aber die oben erwähnten Mengen sind auch notwendig, waren es doch im Dezember nicht weniger als 11,5 Millionen Menschen, die irgendwie, sei es durch die Wohlfahrt, sei es durch die Arbeitslosenversicherung oder durch sonst eine Hilfsorganisation unterstützt werden mußten. In Wirklichkeit werden aber sicherlich wesentlich mehr Unterstützungen und Hilfeleistungen gegeben, denn es gibt kaum einen Haushalt, kaum eine Familie, die nicht einem Angehörigen ganz private Hilfe angedeihen lassen.

„Leitende preußische Beamte.“

Nach der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 können öffentliche politische Versammlungen sowie Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel u. a. aufgelöst werden, wenn in ihnen Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden. Unter den gleichen Voraussetzungen können auch periodische Druckschriften verboten werden.

Das preußische Staatsministerium (Kommissare des Reiches) hat nunmehr bestimmt, daß als leitende preußische Beamte im Sinne der Reichsverordnung zu gelten haben: die aktiven Staatsminister, soweit sie tatsächlich ein Ministerium verwalten; die Staatssekretäre in den Ministerien; die Oberpräsidenten; der Kammergerichtspräsident und die Oberlandesgerichtspräsidenten; die Regierungspräsidenten; die Polizeipräsidenten.

Verwendung von Staatsmitteln für andere Zwecke.

Eine Erklärung der Reichskommissare für Preußen.

Am 5. Februar 1933 hat das Kabinett Braun in der Presse eine Erklärung veröffentlicht, in der die im Preussischen Landtag am 4. Februar 1933 von einem Abgeordneten aufgestellte Behauptung, das Kabinett Braun habe Staatsmittel für Parteizwecke zur Verfügung gestellt, als objektiv unrichtig bezeichnet wird.

Wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, müssen die Kommissare des Reiches demgegenüber feststellen, daß die Mittel, die bis zum Betrage von zwei Millionen Mark durch einstimmigen Beschluß des Kabinetts Braun vom 6. April 1932 durch Überschreitung des Haushaltsfonds „Bekämpfung des Verbrechertums“ genommen werden sollten, nach den amtlichen Unterlagen nicht der Zweckbestimmung des Fonds entsprechend, sondern fast ausschließlich für andere Zwecke verwendet worden sind. Im übrigen wird über die Angelegenheit mit Beschleunigung ein Gutachten der Oberrechnungskammer erbeten werden. Die Kommissare des Reiches behalten sich weitere Schritte vor, sobald dieses Gutachten erstattet ist.

Braun über den „Verbrecherfonds“.

Zu der Verlautbarung des Reichskommissars für das Land Preußen, daß die unter dem Haushaltsartikel „Zur Bekämpfung des Verbrechertums“ bewilligten preussischen Haushaltsmittel nicht der Zweckbestimmung des Fonds entsprechend, sondern fast ausschließlich für andere Zwecke, offenbar zur Wahlpropaganda und der damaligen Koalitionsparteien verwendet worden seien, erklären die preussischen Staatsminister u. a. folgendes:

Die Behauptung sei unrichtig. Die zur Verbrechensbekämpfung verordneten Mittel seien für diesen Zweck auch tatsächlich ausgegeben, wobei bemerkt werde, daß hochverräterische Unternehmungen, Sprengstoffattentate, Gewalttaten, Terror und Staatsverleumdung nach dem Strafgesetzbuch zu ahnende Vergehen und Verbrechen sind. Im übrigen sei nur ein Bruchteil der genannten Summe verausgabt worden. Die preussische Regierung habe im Einvernehmen mit der Reichsregierung, zum Teil auf ihre Veranlassung, zum Schutze des Staates und der Verfassung gehandelt. Das vom Reichskommissar eingeforderte Gutachten der Oberrechnungskammer könne nur diesen Sachverhalt bestätigen.

Wahlabkommen der Mitte.

Deutsche Volkspartei, Christlich-Sozialer Volksdienst und Deutsche Bauernpartei haben ein von ihnen Parteileitungen vorbereitetes technisches Wahlabkommen in Kraft gesetzt, das dazu dienen soll, alle Möglichkeiten des Wahlgesezes zugunsten der Sicherung aller für diese Parteien abgegebenen Stimmen auszunutzen. Die drei genannten Parteien stellen zu diesem Zweck einen gemeinsamen Reichswahlvorschlag auf, an den alle einzelnen selbständigen Kreiswahlvorschläge dieser Parteien angeschlossen werden. Die Deutsch-Hannoveraner sind ihrerseits wiederum dem Christlich-Sozialen Volksdienst angeschlossen.

Ein gleiches Abkommen ist für die preussischen Landtagswahlen zwischen der Deutschen Volkspartei und dem Christlich-Sozialen Volksdienst geschlossen worden.

Ob nun auch wirklich der Verlust von Stimmen für diese Parteien verhütet wird, wird stark bezweifelt. Nach dem Reichswahlgesetz erhält jede Partei auf der Reichsliste nur so viel Mandate, als sie in den Wahlkreisen und Wahlkreisverbänden gewinnen kann. Die letzte Wahl aber hat schon gezeigt, daß die kleinen Parteien kaum mehr in einem einzelnen Wahlkreis genügend Stimmen für einen einzigen Abgeordneten aufbringen. Es würde also nicht viel nützen, wenn alle Reststimmen auf die Reichsliste kommen. Bei den letzten Wahlen hatte die Deutsche Volkspartei ihre Reststimmen der deutschnationalen Reichsliste zuführen lassen, und hat damit eine volle Ausnutzung ihrer Reststimmen erreicht.

Deutscher Schritt in Stockholm.

Göring protestiert gegen Beleidigung Hitlers.

Der deutsche Gesandte in Stockholm, von Rosenberg, hat bei dem stellvertretenden Außenminister Unden Vorstellungen wegen der unfreundlichen Haltung eines Teiles der schwedischen Presse gegenüber der neuen Reichsregierung erhoben. Der deutsche Gesandte hat darauf hingewiesen, daß solche Presseäußerungen die politische Atmosphäre zwischen den Staaten verschlechtern könnten. Er hat dafür, wie von Berliner unterrichteter Seite erklärt wird, bei den schwedischen Instanzen ein Verständnis gefunden. In Stockholm ist zugesagt worden, entsprechend auf die Presse einzuwirken.

Reichsminister Göring hat wegen der besonders unfreundlichen Stellungnahme einer Göteborger Zeitung an dieses Blatt ein Telegramm gerichtet, in dem er bittet, die Angriffe auf Hitler und die neue Reichsregierung einzustellen. Dieses Telegramm stellt, wie von unterrichteter Seite erklärt wird, keine Regierungsaktion dar, da es der Privatinitiative Görings mit Rücksicht auf seine guten Beziehungen zu Schweden entsprungen sei.

Als private Äußerungen sind auch die Telegrammwechsel des Reichsministers Göring und anderer Regierungsmitglieder mit italienischen Ministern zu betrachten.

Englische Bemühungen um eine neue Fünfmächte-Konferenz?

An zuständiger Stelle wird im Zusammenhang mit Pressemeldungen gegeben, daß der erste Vorschlagsrat der britischen Botschaft in Paris, Wigram, sich zurzeit in Genf befindet, um die Möglichkeit einer neuen Fünfmächtebesprechung zu erörtern, die sich mit der praktischen Gleichberechtigung Deutschlands und den französischen Sicherheitsforderungen beschäftigen soll. An maßgebender Stelle in London sei man der Auffassung, daß eine offizielle Anregung zu einer Fünfmächtekonferenz vorläufig nicht wünschenswert sei, um den kleineren Mächten nicht die Möglichkeit zu erneuten Beschwerden über ihre Ausschlachtung zu geben. Man wolle in England auch Rücksicht auf die inneren Verhältnisse in Frankreich nehmen, betrachte aber grundsätzlich eine Fünfmächtekonferenz als erstrebenswertes Ziel.

Japan und Mandschukuo.

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat Donnerstagabend die vom Neunzehnerausschuß beschlossene schriftliche Anfrage an die japanische Abordnung übermittelt. Die japanische Regierung wird in der. Schreiben um Bestätigung der Auffassung des Neunzehnerausschusses ersucht. Weiter heißt es darin, der Neunzehnerausschuß nehme an, daß die japanische Regierung den Punkt 7 des Kapitels 9 des Lytton-Berichtes annehmen werde. Danach werde die Souveränität Chinas in der Mandchurei weiter aufrechterhalten. Hieraus folge, daß die Außerhaltung des mandchurischen Staates nicht möglich sei, daß vielmehr in der Mandchurei ein Zustand hergestellt werden müsse, naa, dem unter Anerkennung der Souveränität Chinas die Ordnung und Sicherheit garantiert werde. Den berechtigten Interessen Japans sei dabei Rechnung zu tragen.

Lokales und Provinzielles.

Halsver, den 10. Februar 1933.

Man niest und hustet.

Immer noch oder vielmehr immer wieder die Grippe! Jeden Tag wird sie totgesagt, aber jeden anderen Tag lebt sie leider wieder auf. Nun sollte man meinen, daß alle auf sie einigermaßen gefaßt und vorbereitet seien und sich danach richteten, um sich und andere nach Möglichkeit vor Ansteckung zu schützen. Bei einigem guten Willen kann man da immerhin etwas erreichen, aber was fehlt, das ist eben der gute Wille.

Es gibt zahlreiche Vorschriften hygienischer Natur, und man brauchte sie nur zu beachten, dann wäre schon viel gebolfen. Sie werden aber, was immer wieder festzustellen ist, nur mangelhaft oder überhaupt nicht beachtet. Was gerade jetzt besonders auffällt: Grippe, das weiß beinahe wirklich schon jeder, ist etwas, das in den meisten Fällen mit starkem Nies- und Hustenreiz verbunden zu sein pflegt, besonders in den Anfangen. Man kann es also keinem Menschen verdenken, wenn er niest und hustet. Daß er das aber mit Vorliebe vor versammeltem Volke tut, scheint wirklich nicht unbedingt notwendig zu sein. Natürlich kann keiner das Husten und Niesen in der Öffentlichkeit dauernd unterdrücken, aber wer schon so viel niest und hustet, daß er wissen kann, woran er ist, sollte sich lieber gar nicht erst in die Öffentlichkeit begeben und seine Grippe zu Hause abmachen. Aber was sieht und hört man? Man sieht und hört, daß Menschen, die schon stark in der Grippe stecken, sich trotz alledem in Versammlungen, in Theater, in Konzerte, zu Tanzfesten, in Straßenbahnwagen usw. begeben und dort alle Welt anniesen und anhusten — ohne jede Rücksicht, und als wenn sich das von selbst verstände! Ganz abgesehen davon, daß so was wenig appetitlich, ist es durchweg geeignet, die Grippe in die angehustete und angehustete Welt zu tragen. Die Grippebazillen schwärmen dann nur so umher! Als man erkannte, daß Tuberkelkeime aus eingetrocknetem Auswurf aufgewirbelt werden und dann verheerend wirken können, hat man — das war aber schon vor vielen Jahren — in Versammlungslokalen, in Straßenbahnwagen und an anderen Stellen, an denen sich viele Menschen zu treffen pflegen, Plakate angebracht, in denen das Publikum ernstlich ermahnt wurde, nicht auf den Fußboden zu spucken. Vielerorts wurde das sogar bestraft, und mit Recht! Inzwischen hat man aber das alles wieder vergessen, und es wird lustig drauslosgespuckt und in vielen Fällen mit Begleitmusik, also mit Niesen und Husten.

Und jetzt herrscht wieder die Grippe, und man sollte meinen, daß solche Plakate durchaus wieder nötig wären, da die Menschen zum großen Teil immer noch unvernünftig sind und nicht von selbst zu wissen scheinen, wie sie sich in schwierigen Fällen zu verhalten haben. Aber viel-

Gemeindewahlen und Preuß. Staatsrat.

Vor einer Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse im Staatsrat.

Die am 12. März stattfindenden preussischen Gemeindewahlen werden sich in kurzer Zeit auch im Preussischen Staatsrat im Sinne einer grundlegenden Verschiebung der dort seit vielen Jahren bestehenden Mehrheitsverhältnisse auswirken. Der Staatsrat setzt sich bekanntlich aus gewählten Vertretern der Provinziallandtage, der Kommunalparlamente der Grenzmark Posen-Westpreußen und Hohenzollerns und der Berliner Stadtverordnetenversammlung zusammen. Die jetzigen Mehrheitsverhältnisse im Staatsrat beruhen auf den letzten Gemeindewahlen vom 17. November 1929. Damals trat gegenüber der bis dahin bestehenden Zusammensetzung keine wesentliche Änderung im Staatsrat ein. Die Sozialdemokraten und das Zentrum behielten mit 41 von insgesamt 81 Mitgliedern weiterhin die Mehrheit. Bei politischen Abstimmungen verstärkte sich diese Front noch um die beiden staatsparteilichen Mitglieder des Staatsrats. Auch bei der alljährlich zu wiederholenden Präsidentenwahl gelang es dieser Mehrheit immer wieder, sich gegen die als die stärkste Fraktion des Staatsrats auf den Präsidentenposten Anspruch erhebende „Preussische Arbeitsgemeinschaft im Staatsrat“ durchzusetzen, in der die deutschnationalen und die deutsch-völksparteilichen Staatsratsmitglieder vereinigt sind. Der Kandidat des Zentrums, Oberbürgermeister Dr. Adenauer-Köln, kann infolgedessen bereits auf eine rund zwölfjährige Amtszeit als Präsident des Staatsrates zurückblicken. Seit der letzten Neuwahl des Preussischen Landtags im Frühjahr 1932 stehen die Mehrheitsverhältnisse des Preussischen Staatsrates zu denen des Landtages in starkem Gegensatz. Während z. B. die Nationalsozialisten im Landtag über mehr als ein Drittel der Stimmen verfügen, sind sie im Staatsrat bisher durch kein einziges ordentliches Mitglied vertreten. Diese ungleichmäßige Zusammensetzung der beiden preussischen Parlamente hatte verschiedentlich zur Folge, daß vom Landtag beschlossene Gesetze nicht Gesetzeskraft erhielten, da der Staatsrat Einspruch erhob und die dann notwendige Zweidrittelmehrheit im Landtag nicht vorhanden war. Es sei in diesem Zusammenhang nur an die vom Landtag im vorigen Jahre beschlossene Amnestie erinnert, die an der Haltung des Staatsrats scheiterte, wobei allerdings darauf hinzuweisen ist, daß der Einspruch des Staatsrats gegen die weitgehenden Amnestieabsichten des Landtages nicht nur mit den Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten zustande kam. Der Staatsrat setzt sich im einzelnen gegenwärtig zusammen aus 29 Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft, 22 Sozialdemokraten, 19 Mitgliedern des Zentrums, 6 Kommunisten, 3 Wirtschaftsparteilern und 2 Staatsparteilern. Angesichts dieser Zahlen und des völligen Fehlens der Nationalsozialisten liegt es ohne weiteres auf der Hand, daß der Staatsrat hinsichtlich seiner Parteizusammensetzung vor einer grundlegenden Umwandlung steht.

Schießereien in Berlin und anderswo.

Mehrere Verletzte.

Am Brabanter Platz in Berlin wurde, nach polizeilichen Mitteilungen, zur Nachtzeit eine Gruppe von Kommunisten, die von einer Versammlung heimkehrte, von zwölf Nationalsozialisten beschossen. Die 25jährige Kommunistin Alice Radzew erhielt einen Lungensteckschuß, während zwei weitere Kommunisten Armwundschüsse davontrugen. Nach der Tat flüchteten die Nationalsozialisten, so daß das Überfallkommando, das kurz darauf eintraf, nur eine Durchsuchung des in der Nähe gelegenen Verkehrslokals der NSDAP. vornehmen konnte, wobei in einer Regalablage versteckt elf Pistolen und Munition beschlagnahmt wurden.

Zu einer zweiten Schießerei kam es in Berlin-Charlottenburg. Hier wurden zwei Personen, die der NSD. nahestanden, schwer verletzt.

In Hamburg

kam es, wie die Polizei meldet, zu einem Überfall auf Nationalsozialisten. Es wurden mehrere Revolvergeschüsse abgegeben. Durch Bruststeckschuß wurde ein Polizeibeamter erheblich verletzt, doch liegt keine Lebensgefahr vor. Ein Angehöriger des Reichsbanners erlitt einen Unterarmschuß. Sieben Personen wurden festgenommen. Schußwaffen wurden bei ihnen jedoch nicht gefunden. Bei den Sistierten handelt es sich um ein Mitglied der SPD. und sechs Angehörige des Reichsbanners; fünf der Verhafteten wurden nach Feststellung ihrer Personalien wieder entlassen.

In Königsberg i. Pr.

kam es im Anschluß an eine Versammlung des Reichsbanners zu einem Zusammenstoß zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten, bei dem man mit Pistolen, Messern und Schlaginstrumenten gegeneinander vorging. Die Polizeibeamten waren machtlos und mußten Verstärkung heranziehen, die aber nicht mehr eingreifen brauchte. Es wurden drei Reichsbannerleute schwer und einer leicht verletzt. Ein Nationalsozialist erhielt eine leichte Verletzung.

„Lenins Weg“ in Niedersachsen.

Umfangreiche Angriffs-Organisation.

Die kürzlich erfolgte aufsehenerregende Verhaftung des Göttinger Universitätsinspektors Gohmann unter dem Verdacht der Vorbereitung zum Hochverrat und die Festnahme mehrerer Personen in Braunschweig wegen Verbreitung kommunistischen Zersetzungsmaterials, worüber kürzlich berichtet wurde, haben weithin große Aufmerksamkeit erregt. Es zeigte sich, daß hier ein feststehender Organisationsplan in Frage steht, der in seinen Auswirkungen nichts anderes bezweckt, als Niedersachsen kommunistisch-bolschewistisch zu durchdringen. Nun gibt es ein bolschewistisches Informations- und Diskussionsblatt für Niedersachsen, das den Titel „Lenins Weg“ trägt. Diesem entnimmt das „Göttinger Tageblatt“ Mitteilungen, die überaus aufschlußreich sind und den Beweis erbringen, daß seit einer Reihe von Wochen ein ganz fest abgesteckter bolschewistischer Angriff auf Niedersachsen im Gange ist, mit dem die Operationen in Verbindung stehen, wegen derer die oben erwähnten Verhaftungen erfolgten. Der Bezirksparteitag der Niedersächsischen Parteiorganisation der NSD. hat am 10. und 11. Dezember in Hannover getagt und ein ausführliches Programm für die Arbeit entwickelt. Ueber die strategische Bedeutung des Bezirks Niedersachsen für die bolschewistische Agitation wurde folgendes ausgeführt:

Verstärkter Zollschuß

Zollerhöhungen zum Schutze der Landwirtschaft.

Für Vieh, Fleisch und Schmalz.

Amlich wird mitgeteilt: Auf Vorschlag des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Eugen Berg, hat die Reichsregierung zunächst zugunsten der besonders schwer daniederliegenden deutschen Landwirtschaft eine Reihe wichtiger Zollerhöhungen beschlossen. Es handelt sich um eine Verstärkung des Zollschutzes für lebendes Vieh, Fleisch und Schmalz. Auf diesen Gebieten soll jede überflüssige Einfuhr vermieden werden.

Im einzelnen ist zu den Zollerhöhungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu melden: Es werden erhöht: der Zoll für lebendes Rindvieh auf 50 Mark je Doppelzentner, für Schafe auf 45 Mark und für lebende Schweine auf 50 Mark, die Fleischzölle für frisches Fleisch auf 100 Mark, für Fleisch, einfach zubereitet, auf 150 Mark und für Fleisch zum feineren Tafelgenuss auf 280 Mark je Doppelzentner. Ein Einfuhrbedarf liegt bei diesen Erzeugnissen nicht vor. Die deutschen Viehbestände sind größer als vor dem Kriege und reichen für die einheimische Bevölkerung

aus. Ein Eingreifen war auf diesen Gebieten dringend, da die Preise im Verhältnis zur Vorkriegszeit hier besonders niedrig liegen. Die Reichsrichtzahl bei Rindern beträgt 53 Prozent, bei Schweinen 67, bei Schafen 64, bei Vieh insgesamt 62 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit.

Die Erhöhung des Schmalzolls auf 50 Mark hat die Aufgabe, eine stärkere Deckung unseres Fettbedarfes aus einheimischer Erzeugung herbeizuführen. Diese Maßnahme ist für unsere Schweinezucht von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Der außerordentliche Tiefstand der Schweinepreise hat zu einem nicht unerheblichen Teil seinen Grund in den Absatzschwierigkeiten für Schweinefett, die unter dem Einfluß einer steigenden Schmalzeinfuhr eingetreten sind. Die erhöhten Zollsätze treten mit Ablauf der Zollbindungen im deutsch-schwedischen Handelsvertrag am 15. Februar 1933 in Kraft.

Die bisherigen autonomen Zollsätze

sahen wie folgt aus: Lebendes Rindvieh 27, Schafe 22,50, lebende Schweine 27, Frischfleisch 45, Fleisch einfach zubereitet 60 und Fleisch zum Tafelgenuss 120 Mark. Der ursprüngliche autonome Zollsatz für Schmalz von 12,50 Mark war inzwischen bereits heraufgesetzt worden.



Wie Deutschland „Flugzeugabwehrmanöver“ durchführen muß.

Auf Grund des Versailler Vertrages darf Deutschland bekanntlich keine Flugzeuge und Flugzeugabwehrbatterien halten. Die Reichswehr benutzt daher bei ihren Fliegerabwehrmanövern — wie auch aus unserem Bilde hervor-

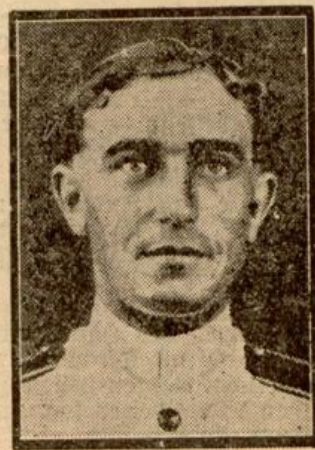
geht — Pappflugzeuge, nach denen bei Ziellübungen geschossen wird. Die Flugzeuge werden von einem hohen Gerüst an einem Drahtseil bewegt.

Das Namensschild der „Emden“.

Minister Bruce wird es dem Reichspräsidenten überreichen.

Das Namensschild des Kreuzers „Emden“ wird in etwa vierzehn Tagen dem Reichspräsidenten von Hindenburg vom australischen Minister in London, Bruce, als ein Zeichen des guten Willens Australiens gegenüber Deutschland übergeben werden. Die deutsche Regierung hat, wie in London mitgeteilt wird, Bruce eingeladen, zu diesem Zwecke nach Deutschland zu kommen.

Das Namensschild der „Emden“ ist jetzt auf australischem Rosenholz befestigt worden. Der Kriegshistoriker Bean hat dazu eine Inschrift verfaßt, die ins Deutsche übersetzt wurde und so lautet: „Das australische Volk und seine Regierung geben dieses Namensschild des berühmten Kreuzers „Emden“ dem deutschen Volk zurück in Anerkennung der Tapferkeit seines Kommandanten, der Offiziere und der Besatzung in dem Hochseegefecht auf den Kokosinseln am 9. November gegen den australischen Kreuzer „Sydney“ und zur Erinnerung beider Nationen, die ihr Leben im Weltkriege hergaben.“



Der Kapitän ohne Schiff

Unsere Aufnahme zeigt Kapitän P. Eichenboom, dessen Küstenpanzerschiff „De Jeven Provincien“ von einem geborenen Meuterer entführt wurde.

Folgende Unterbezirke sind geschaffen: Hannover-Linden, Hannover-Süd, Ost, Nord, Braunschweig, Hildesheim, Göttingen, Lauterberg, Minden, Leine, Seesen, Stadthagen, Springe.

Das „Göttinger Tageblatt“ bemerkt hierzu: „Mögen wir auf die äußere planvolle kommunistische Organisation oder auf die intensive geistige Zersetzungsbearbeitung hin in die entferntesten Dorfwinkel sehen, es muß auch dem bisher harmlosesten wie Schuppen von den Augen fallen, wie weit die Bolschewisierung auch bei uns in Niedersachsen schon fortgeschritten ist! Angesichts dieser rapiden Entwicklung kann man nur immer wieder fragen: Wann kommt man vom Reden endlich zur Tat?“

leich genügt es wirklich, wenn man sie ein bißchen an ihre Menschenpflicht erinnert und vor dem „Annießen“ und „Anhuften“ der Mitwelt warnt. Also möglicherweise geht es auch ohne Plakate und mit einem einfachen Appell an den trotz der Grippe noch gesunden Menschenverstand!

—* **Freistverlängerung für Steuererklärungen.** Bis 15. März. Die Frist für die allgemeine Abgabe der Steuererklärungen für die Veranlassung zur Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer wird über den 28. Februar 1933 hinaus bis zum 15. März 1933 verlängert.

Halber

—(Eine **Mitgliederversammlung des Vaterländischen Frauen-Hauptvereins** wurde Donnerstag nachmittags im Haus zur Fuhr abgehalten. Vertreten waren die Bezirksgruppen Halber-St. und West, Ehringhausen-Oberbrügge, Anschlag, Schwenke und Buschhausen. Schriftführer Rektor i. R. Clever gedachte zunächst des 70. Geburtstages der verdienstvollen Hauptvorsitzenden unserer Vaterländischen Frauenvereine, der Frau Dr. med. h. c. Gräfin von der Groeben. Der dann erstattete allgemeine Jahresbericht befandete, daß in allen Bezirksgruppen mit regem Eifer gearbeitet und gesammelt wurde. Manche Not konnte gelindert und besonders Weihnachten viele Freude bereitet werden. 634 zahlende Mitglieder waren vorhanden. Für die Anstalten Bolmarstein und Bethel sind je 25 RM und für den Verein blinder Frauen eine einmalige Gabe von 10 RM gespendet. — Der Kassenbericht wurde von der Hauptkassiererin Frä. Anna Jsenburg erstattet. Die Prüfung der Jahresrechnung war durch Frau Wilhelm Schmid und Frau Wilhelm Rodemann erfolgt. Da alles stimmend befunden, beantragten die Genannten Entlastung der Rechnungsführerin, die dann unter dem Ausdruck des Dankes ausgesprochen wurde. Folgende Beschlüsse wurden gefaßt: Der Jahresbeitrag bleibt auf 1 RM bestehen. Die Anstalten Bolmarstein und Bethel erhalten auch im laufenden Jahre je 25 RM. Im Mai soll ein Großmüttertag verbunden mit Hausangestelltenehrung stattfinden. Die betr. Hausangestellten sind bis spätestens zum 1. April bei der Vorsitzenden Frau Robert Grüber anzumelden. Dabei muß Name und Zahl der Jahre, die sie ununterbrochen bei der jetzigen Herrschaft in Dienst gestanden haben, angegeben werden. Nach Vorschrift des Provinzial-Verbandes kommen nur solche Hausangestellte in Frage, deren Herrschaft den Bezirksgruppen des hiesigen Vaterländischen Frauen-Vereins als Mitglied angehört. — Es soll versucht werden, für bedürftige Frauen und ältere Mädchen einen Nähkursus einzurichten. Das Nähere darüber wird durch eine Anzeige in dieser Zeitung noch bekanntgegeben. Rektor i. R. Clever stattete am Schluß der Beratungen allen, die im verflossenen Jahre treu gewirkt, herzlichsten Dank ab und fügte die Bitte um Werbung neuer Mitglieder an.

—! **Greta Garbo als Mata Hari.** Ein Film, den das Leben selbst schrieb, ist die Geschichte der berühmten Tänzerin und Spionin Mata Hari. Ihr Temperament, ihre fremdartige, zauberhafte Schönheit zog alle Männer in ihren Bann, und es fiel ihr nicht schwer von ihnen alles zu erlangen, was sie wollte. Für sie vergaßen ihre Bewunderer Pflicht, Ehre und Ansehen, und Tod und Schande erschienen ihnen als kein zu großer Einsatz, um die Liebe dieser Frau zu erringen. Greta Garbo spielt die Tänzerin Mata Hari in dem gleichnamigen Film der ab Samstag bis einschl. Montag in den Lichtspielen Karls-höhe gezeigt wird. Noch in keinem anderen Film hat Greta Garbo ihre Möglichkeiten so zeigen können wie in dem Film Mata Hari, das größte Wunder an dieser einzigartigen Frau ist ihre unerhörte Wandlungsfähigkeit. Nie ist sie die gleiche, nie wiederholt sie sich. Ihr Partner ist Ramon Navarro, in weiteren Hauptrollen sind Lionel Barrymore und Lewis Stone beschäftigt. Regie führt Georg Fitzmaurice.

Schalksmühle

—) Auf eine 30jährige ununterbrochene Tätigkeit als Feilenhauer kann heute Herr Ernst Göbel, Grabenstr. 2, bei der Firma C. Falkenroth Söhne zurückblicken.

Breckerfeld

—f Zum **Besten der Winterhilfe.** Die christlichen Vereine unserer Gemeinde veranstalten am kommenden Sonntag abends 8 Uhr auf dem Reibertschen Saal einen **Unterhaltungsabend.** Das sehr reichhaltige Programm verspricht jedem Besucher einige Stunden reiner Freude. Solo- und Chorgesänge wechseln ab mit musikalischen Darbietungen des Posaunenchores und eines Hesper Trios (Harmonium, Cello und Geige). Die beiden Aufführungen betitelt „Unter der Dorflinde“ und „Und dennoch“, dürften besonderes Interesse erwecken. Herr Pastor Groß hält die Ansprache. Da der Ertrag dieses Abends der Winterhilfe unserer Gemeinde zufließen soll, ist ein sehr starker Besuch zu wünschen und zu empfehlen. Der Eintritt ist der Zeit entsprechend niedrig gehalten, 50 und 30 Pfg.

Brügge

—) Am heutigen Tage feiert der Wirt und früherer Besitzer des Gasthofes zur Post Ferd. Rigge 79. Geburtstag. Er ist noch sehr rüstig, eine beliebte Persönlichkeit und weit über die Grenzen bekannt, auch als „Onkel Ferdinand“. Als Mitglied aller Vereine am Ort nimmt er mit regem Interesse an den Vereinstätigkeiten teil, besonders ist ihm der M.-G.-B. Philomela ans Herz gewachsen, in welchem er der einzige noch überlebende Gründer ist, also fast 55 Jahre aktiv mitwirkte. Noch heute nimmt er als 1. Tenorist an den Chorständen teil, gewiß eine große Seltenheit. Möge es dem Onkel Ferdinand vergönnt sein, auch seinen 80. Geburtstag mit derselben Freude feiern zu können. Auch unsern herzlichsten Glückwunsch.

Lüdenscheid. Sanitätsrat Dr. med. Boecker †. Im Alter von 83 Jahren starb nach kurzem, schweren Krankenlager der Senior der hiesigen Ärzteschaft Geheimrat Sanitätsrat Dr. med. Boecker. Mehr als zwei Menschenalter hindurch stand der Entschlossene in ungebrochener Arbeitsfreude im Dienste der leidenden Menschheit. Tausenden war er in dieser Zeit ein Helfer in der Not, ein Freund und Berater in schweren Stunden. Aus dem erlebten Leid erwuchs ihm die Erfahrung, aus der Erfahrung seine ärztliche Kunst. — Der Verstorbene wurde am 1. Oktober 1849 in Hohenlimburg geboren. Als 27-Jähriger promovierte er in der Universität Marburg zum Doktor der Medizin. Sechs Jahre vorher zog er als Einjährigfrühling in den französischen Krieg. Der jetzige Reichspräsident war damals als Premierleutnant sein Kompagnieoffizier. Gleich nach beendetem Studium ließ sich Dr. Boecker hier als praktischer Arzt nieder und ver-

fügte bald über eine bedeutende Praxis. Von 1884 bis 1911 war er Chefarzt des hiesigen Krankenhauses, das in seiner Amtszeit den ersten bedeutenden Neubau erfuhr. Bekannt ist die Tätigkeit des Verstorbenen während des Weltkrieges; fast vier Jahre hindurch stand er als Chefarzt an der Spitze des hiesigen Reservelazarets und seiner Unterabteilungen im Landkreise Altena. Daneben war er Schularzt in der Landgemeinde, Impfarzt, Armenarzt sowie der Vertrauensarzt der Angestelltenversicherung. Er führte den Vorsitz im hiesigen Ärzteverein und war lange Jahre Mitglied der Ärztekammer in Münster. Im Jahre 1926 beging er in aller Stille die Feier seines goldenen Doktor-Jubiläums. Ganz in seinem Berufe aufgehend, ist der alte Herr in der Öffentlichkeit nicht weiter hervorgetreten. Ein Feind jeder äußeren Ehrung, wirkte Sanitätsrat Dr. Boecker unermüdlich im Stillen. Nicht nur mit Rat, sondern auch der Tat stand er seinen Patienten in schweren Tagen hilfreich bei. Er war Arzt und Mensch. Um die Jahrhundertwende verlieh ihm die preussische Medizinalverwaltung den Titel eines Geheimen Sanitätsrates. — Noch bis in die jüngste Zeit hinein übte der stadtbekannte alte Herr seine ärztliche Tätigkeit aus. Nun hat der Tod ihn aus einem arbeitsreichen langen Leben hinweggenommen. Möge ihm die Erde leicht sein!

Lüdenscheid. Autounfall in der Wilhelmstraße. Die unübersichtliche Ecke Wilhelm- und Corneliusstraße war gestern wieder einmal der Schauplatz eines Autounfalls. Ein auswärtiges Auto, das die Wilhelmstraße aufwärts fuhr, wollte einem aus der Corneliusstraße einbiegenden Auto ausweichen, geriet aber dabei in ein Gerüst am Hause des Uhrmachers H., wo gerade eine große Außenuhr angebracht wird. Das Gerüst, auf dem zwei Leute beschäftigt waren, wurde vollkommen umgerissen und zerplittert. Ein Uhrmachergehilfe stürzte auf das Auto und von da auf die Straße. Da der Sturz etwas gemildert wurde, kam der Mann mit Splitter- und Schnittwunden davon; allerdings steht noch nicht fest, ob innere Verletzungen entstanden sind. Der Sohn des Uhrmachers blieb am Uhrgehäuse hängen und konnte unverletzt herabgeholt werden. Der entstandene Sachschaden ist nicht unbeträchtlich. — In der Wefelschöller Straße kippte ein Möbelleiserauto, nachdem es im freien Geländeteil dieser Straße eingestürzt war. Die Begleitpersonen kamen mit dem Schrecken davon, während Möbel beschädigt wurden.

Lüdenscheid. Markt-Sauerland-Sonderwagen zum Lustigen Abend. Aus Anlaß der Veranstaltung des Westdeutschen Rundfunks am Samstag, dem 11. Febr., in der Schützenhalle, verkehren an diesem Tage von 18.30 Uhr ab von der Christuskirche zur Schützenhalle Sonderwagen von „Markt-Sauerland“, ebenso stehen bei Schluß der Veranstaltung Sonderwagen vor der Schützenhalle bereit. Zeitkarten gelten für die Benutzung dieser Wagen nicht, der Fahrpreis im Stadtgebiet beträgt 20 Pfg. Die Gesamteinnahme dieser Sonderfahrten im Stadtgebiet soll entsprechend dem Zweck der Veranstaltung des Westdeutschen Rundfunks, der städtischen Winterhilfe zugeführt werden. Außer den Stadt-Sonderwagen stehen zum Abtransport auch in die Umgebung von Lüdenscheid Sonderwagen an der Schützenhalle bereit.

Meinerzhagen. Gerichtsreferendar Ernst Kämpfer. Sohn des Viehhändlers Fritz Kämpfer in Dorneding, früher wohnhaft in Wiebelsaat, bestand seine Prüfung als Referendar.

Berndorf. Ueberfall. Gestern abend gegen 9.30 Uhr wurde der Händler Kühne (ehem. Besitzer der Molkereizentrale, Sandstraße) von einem Arbeiter beim Steinbruch unterhalb Hennesdamm in bewußtlosem Zustande aufgefunden. Beim Eintreffen des Arztes war die Besinnung wieder zurückgekehrt und der Aufgefundene gab an, plötzlich einen Schlag in der Halsgegend erhalten zu haben, wodurch ihm das Bewußtsein geschwunden wäre. Man vermutet einen Raubüberfall, da dem Bewußtlosen eine Seitentasche des Rockes abgerissen war, in der er vermutlich sein Geld gehabt hat. Nach seinen Angaben sollen es etwa 23 RM gewesen sein. Er wurde durch den Krankenwagen ins hiesige Krankenhaus überführt.

Milspe. Einbrecher im Wochenendhaus. Wie erst jetzt bekannt wurde, ist in der Zeit zwischen dem 31. Januar bis 2. Februar 1933 in das Wochenendhaus am Spreel eingebrochen worden. Die Einbrecher haben alle greifbaren Haushaltgegenstände, Bekleidungsstücke und Lebensmittel mitgenommen. Die Ermittlungen sind noch im Gange.

Siegen. Wieder betriebsfähig. Grube Glanzenberg hat Förderung wieder aufgenommen. Die Förderung auf der Bleigrube „Glanzenberg“ in Welschenenest. Auf der bekanntlich in der Nacht zum Freitag ein Brand ausbrach, wodurch drei Bergleute ihr Leben einbüßten, hat gestern die Förderung in vollem Umfang wieder aufgenommen.

Nah und Fern

O Die Staatsanwaltschaft verlangt Auslieferung der Notters. Die Staatsanwaltschaft I Berlin hat über das Auswärtige Amt beim Fürstentum Liechtenstein den Antrag gestellt, die flüchtigen Theaterdirektoren Gebrüder Notter auszuliefern. Diesem Ersuchen wird vom Fürstentum Liechtenstein nicht stattgegeben werden, da in Liechtenstein Staatsangehörige an andere Länder nicht ausgeliefert werden. Im Zusammenhang mit der weiteren Fahndungsaktion hat die Staatsanwaltschaft an die Schweiz und an Österreich das Ersuchen gerichtet, die Notters auf Grund des gegen sie erlassenen Haftbefehls und Steckbriefes bei einem etwaigen Überschreiten der Liechtensteiner Grenze festzunehmen.

O Ein Gastwirt von drei Burschen erschossen. In Darmstadt larmten vor einer Gastwirtschaft drei junge Burschen und versuchten, einen Kanaldeckel zu öffnen, wodurch großes Ungeheuer hätte entstehen können. Der Gastwirt, der die Burschen auf ihr gefährliches Beginnen aufmerksam machte, wurde verspottet. Er ging darauf in seine Wirtschaft zurück und holte einen Schenkelmesser, mit dem er die Burschen vertreiben wollte. Ein Gast wollte ihm dabei behilflich sein. Beide wurden darauf von den Burschen angegriffen und mit Messern niedergestochen. Der Gastwirt erhielt zwei Herzstiche und war sofort tot. Der Gast wurde schwer verletzt und mußte im Krankenhaus sofort operiert werden. Die Polizei hat die drei Täter festgenommen.

O Selbstmord eines Gewerkschaftssekretärs. In Bahren erschloß sich der Gewerkschaftssekretär und Kassierer der Ortsgruppe des Fabrikarbeiterverbandes, Haase. Auf einem Blatt Papier hatte er die Zeit seines Selbstmordes und seine Adresse hinterlassen. Wie die Kriminalpolizei bisher ermitteln konnte, sind dem Kassierer Unterschlagungen in Höhe von etwa 1000 Mark zur Last gelegt worden.

O Mißglückte Flucht aus der Fremdenlegion. Zwei Angehörige der französischen Fremdenlegion, ein Deutscher namens Rudi Bachmann und der Schweizer Hans Raimond, die im 1. Regiment der Fremdenlegion in Saïda Dienst taten, versuchten mit einem französischen Militär-

flugzeug zu flüchten. Sie hatten bereits aus einem Flugzeugkabinen ein großes Flugzeug herausgeholt, als der Pilot sie bemerkte und auf sie schoß. Bachmann wurde verletzt, der Schweizer konnte in der allgemeinen Aufregung flüchten. Bachmann sagte aus, er und sein Kamerad hätten nach Italien fliehen wollen.

O Raubmord im D-Zug Berlin-Budapest. Zwischen den rumänischen Eisenbahnstationen Roman und Vasca wurde, bald nachdem der D-Zug Berlin-Budapest die Strecke passiert hatte, die verstümmelte Leiche eines Mannes gefunden, deren Kopf fehlte. Es wurde festgestellt, daß der Ermordete der türkische Kaufmann Hacı Mustafa ist, der von Berlin nach Budapest reisen wollte. Er war während der Fahrt in seinem Abteil zweiter Klasse von Räubern überfallen, getötet und ausgeraubt worden. Nachher hatten die Täter den Leichnam aus dem Zuge geworfen. Von den Räubern fehlt bisher jede Spur.

Kältewelle über Nordamerika.

Gewaltiger Temperatursturz. — über 50 Personen erfroren. Die von den amerikanischen Weststaaten kommende Kältewelle hat nunmehr New York erreicht, wo ein eisiger Wind weht. Es erfolgte ein außerordentlicher Temperatursturz von plus 17 Grad Celsius am Mittwoch auf minus 11 Grad Celsius am Donnerstag. Im ganzen Lande sind über 50 Personen erfroren. Die Nordweststaaten melden eine Temperatur von minus 50 Grad im Gebirge. Der Schnee liegt in einer noch nie dagewesenen Höhe von sechs Meter, so daß der Verkehr vollständig unterbrochen ist. Die Wetterwarten sagen zunehmende Kälte voraus.

Schlußdienst.

Bermischte Nachrichten vom 9. Februar.

Die Danziger Flieger in München.

München. Die auf einem Fluge durch Deutschland befindlichen Danziger Flieger sind in München eingetroffen. Ein Geschwader der deutschen Verkehrsfliegerische Schleife war den Danziger Fliegern entgegengefliegen. Vertreter der Staatsregierung, der Stadt, des Vereins für das Deutschtum im Auslande, der Reichswehr und der Landespolizei hatten sich zu dem Empfang, bei dem kurze Ansprachen ausgetauscht wurden, eingefunden. Der Flugplatz in Oberwiesfeld war in den deutschen, den bayerischen, den Münchener und den Danziger Farben geschmückt.

Seinen Bruder im Streit erschossen.

Osnabrück. Der Hof Schierbaum in Vortrup bei Osnabrück war der Schauplatz einer schweren Bluttat. Drei Brüder Schierbaum gerieten wegen Familienangelegenheiten in Streit. Im Verlauf der Auseinandersetzung griff der Milchhändler Kaspar Schierbaum zum Revolver und feuerte mehrere Schüsse auf seine Brüder ab. Beide erlitten schwere Verletzungen. Einer der Verletzten starb bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus. Der Täter konnte verhaftet werden.

Wieder ein leichter Erdstoß in Rastatt.

Rastatt. Am Donnerstagnachmittag wurde in Rastatt erneut ein leichter Erdstoß verspürt, der aber nirgends Schaden angerichtet hat.

Sitzung des Arbeitsbeschaffungsausschusses des Reichstabinetts.

Berlin. Am Donnerstagnachmittag trat der Arbeitsbeschaffungsausschuß des Reichstabinetts zusammen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Norwegischer Dampfer bei Stagen gestrandet.

Ropenhagen. Bei starkem Sturm ist in der Nähe von Stagen der norwegische Dampfer „Teorbrand“ aus Haugefund gestrandet. Der Rettungsmannschaft von der Riste gelang es, nach mehrstündigem Kampf mit der See, die Schiffsbemannung des norwegischen Dampfers, elf Mann, an Land zu bringen.

Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie

Gewinnauszug

5. Klasse 40. Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr

Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

2. Ziehungstag 9. Februar 1933
In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

12 Gewinne zu 10000 M. 31115 50813 61626 97110 185492 279933
4 Gewinne zu 5000 M. 104717 138705
2 Gewinne zu 3000 M. 46503 87280 94752 146772 148024 204176
211689 225472 274420 365749
80 Gewinne zu 2000 M. 2290 14974 34532 38736 47345 52422 57479
59407 65322 66325 120553 124787 153308 170688 184924 192276
212060 213033 226350 231069 234486 244261 247427 259880 266542
278104 281120 292014 292102 303559 318475 355384 363076 371667
377443 378271 380284 383628 386577 398517
124 Gewinne zu 1000 M. 9655 12526 25204 35153 40145 40633 43947
47018 47419 54647 56885 62112 68312 70408 71786 75139 85609
87080 95135 97915 100054 105906 111466 118445 118861 122822
150512 153160 158382 168519 194613 203260 215133 219374 224057
230323 233413 242390 261725 267244 267945 278046 282533 290737
292262 294077 295249 307631 319395 320214 321795 338266 346241
356297 356529 357882 358120 372990 373866 374647 377896 385187
160 Gewinne zu 500 M. 3921 5264 6427 11699 24259 27631 32595
36742 41933 42742 47056 48657 49560 51205 66835 67702 80310
88044 90375 90519 90394 92220 92341 93244 97134 11720 119026
120265 124886 128847 130048 130976 161984 162283 163826 171311
148818 149077 151342 153745 159294 161984 162283 163826 171311
171538 183243 199719 200067 203188 208505 210769 213706 224571
251472 254238 257655 257826 262016 262363 263374 265459 266159
271031 280305 280497 287696 291672 292204 295638 296601 297176
307082 311756 343785 345830 349052 352214 352339 353967 359256
359722 371783 375554 381737 385689 388366 390766 391649 397260

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 25000 M. 206791
8 Gewinne zu 5000 M. 276543 299816 301278 372393
20 Gewinne zu 3000 M. 6442 11668 132335 155024 180910 265948
294059 328930 369977 375093
44 Gewinne zu 2000 M. 37546 57264 58481 64056 69688 94139
105799 115858 133923 176194 177039 210630 226426 274116 276034
277540 282311 296021 337537 351976 360351 370783
114 Gewinne zu 1000 M. 393 16792 25283 49387 54622 58402 70807
76726 89457 93635 101672 107784 109054 111387 113024 133078
135384 136654 137751 138591 141867 147094 148788 154556 157015
159220 167049 177072 183591 185093 212151 215763 216872 220535
229621 259377 264865 273658 282359 287324 288456 305777 306044
312127 313320 315138 319506 322505 331483 335277 341725 352642
370421 387196 387212 389205 392054
160 Gewinne zu 500 M. 16183 21734 22272 23132 28158 49653
53043 66299 68233 88556 72633 75348 79607 80773 81812 82383
82446 82698 105946 107603 107799 115005 118256 126088 128133
140594 143802 147587 157494 160585 168089 173036 177066 177893
183041 183475 186357 193650 195183 198981 213683 220049 220177
220227 220456 223995 224678 230835 230944 233112 233993 259769
276937 277411 290561 301305 302607 313303 314732 321419 324315
328694 333559 335989 336199 343484 349487 351017 351919 360252
386542 370670 370756 375121 374644 382994 385284 386061 387695
399508

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu je 5 000, 2 Gewinne zu je 5000, 2 zu je 2000, 4 Gewinne zu je 1000, 6 zu je 750, 12 zu je 500, 28 zu je 250, 14 zu je 100, 468 zu je 50, 923 zu je 300, 2772 zu je 200, 5554 zu je 100, 9290 zu je 50, 27700 zu je 40, und 100 Schlußprämien zu 3000 Mark.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halber i. Westf.

Weißer Woche vom 11. — 18. Februar

Verkauf von Weißwaren, Tisch-, Bett- und Leibwäsche mit 10% Rabatt.

— Nessel zu Sonderpreisen. —

F. W. Maas,
Lüdenscheid.



Nach kurzer, schwerer Krankheit ging heute früh 1 Uhr unsere innigstgeliebte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Alwine Redinghaus

geb. Selbach

nach einem arbeitsreichen Leben im Alter von fast 81 Jahren heim.

In tiefer Trauer:

Emma Redinghaus
Alma Redinghaus
Paula Redinghaus
Hilde Scharf geb. Redinghaus
Friedrich Scharf
Otto Scharf als Enkel.

Schalksmühle, Münster, Priorei,
den 9. Februar 1933.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 12. Febr. 1933, nachmittags um 3 1/2 Uhr vom Sterbehause nach Hülscheid statt; anschließend die Trauerfeier in der Kirche zu Hülscheid.

Weißer Woche

Der große Verkauf
weißer Qualitäts-Waren
beginnt Samstag!

Prüfen Sie unsere Beilage, die Ihnen
Samstag durch die Post zugestellt wird
u. verlangen Sie an der Kasse unseren

Weißer Woche-Katalog.

Schaufenster und Innendekoration
sind eine Sehenswürdigkeit.

Alsborg
LÜDENSCHIED

Die Mütterberatungsstunde
findet statt
am Mittwoch, den 15.
ds. Mts., nachm. 2 Uhr
in Kierspe (Amtshaus)
4 Uhr
in Kierspe-Bhf. (Schule)
Kierspe, den 9. Febr. 33.
Der Gemeindevorsteher.

Ausflugsort
Wilhelmshöh.
Sonntag, 12. Februar



Anfang 6 Uhr. Eintritt frei.

T. & B. Kierspe
e. B. 1879.

Spielabteilung:

**Handball-
Gesellschaftsspiele**
am 12. Febr. 1933
auf dem Sportplatz in Kierspe
14 Uhr:
Ev. Rahmede 1. - Kierspe 79 1
15 Uhr:
Ev. Rahmede 2. - Kierspe 79 2.
Der Spielwart.



Achtung! Achtung!
Es wird am Montag, den
13. Febr. vormittag von
9 - 11 Uhr, an der
Wirtschaft Karl Kind
in Halver
ein großer Transport
**Ferkel u.
Läufer-Schweine**
das Stck. von M. 7.-
an,
größer. Läufer-Schweine
spottbillig verkauft.
Joh. Rutsch, Boffel.

Statt Karten!

Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme beim Heimgehe meines un-
vergesslichen Mannes spreche ich allen,
insbesondere Herrn Pfarrer Wolf für
seine trostreichen Worte am Kranken-
lager und Grabe, den Kameraden des
Stadt-Kriegerverbandes Hagen, des
Wehrvereins Kierspe-Bhf. für das zahl-
reiche Geleit und Herrn Studiendirektor
Dr. Hohmann für seine tiefempfundenen
ehrenden Abschiedsworte am Grabe
meinen innigsten Dank aus.

Frau Hermann Kölling.
Kierspe-Bhf. im Februar 1933.

Bünerl. Bezugs- u. Abfah- Genossenschaft Halver.

Bestellungen
von
Düngemitteln aller Art
Saatkartoffeln
Saatzgetreide
Klee- u. Grasfamen
Stroh, Torf und
Drainrohren
werden noch bis zum
15. d. M. entgegenge-
nommen.

Dankagung.

Für die uns anlässlich unserer
goldenen Hochzeit erwiesene Auf-
merksamkeit sprechen wir auf die-
sem Wege allen unseren herzlich-
sten Dank aus.

Heint. Bornefeld u. Frau.

Für den Winter!

Winterloden-Joppen
m. angewebt. Plaidfutter v. M. 6.40 an.
Westenpullunder v. 2.25—4.90 Mk.,
Pullover, Strickwesten, Biber- und
Normalhemden, Normal- u. Macco-
Plüschunterhosen, Strümpfe i. Wolle,
Handschuhe gestrickt und warm
gefüttert, Fausthandschuhe, Wind-
jacken mit imit. abknöpfbarem Pelz,
Paletots, Lodenmäntel, Wildleder-
hosen in grün, schwarz und braun
von 7.50 Mk. an.
Biber-Bettücher und Schlafdecken
zu äußersten Preisen empfiehlt:

Hugo Niding, Halver-Berlinerstr. 56

Stabil

Metall - Baukästen

das beste technische Lehrmittel und
Unterhaltungsspiel für Klein und Groß
empfiehlt

Wihl Bell jr., Halver.

Lichtspiele Karlshöhe.

Samstag 8 Uhr, Sonntag 5 und 8 Uhr
Montag 8 Uhr

Greta Garbo,
Ramon Novarro in

MATA HARI

Ein Metro-Goldwyn-Mayer Film
in deutscher Sprache.

Die Geschichte einer berühmten Tänzerin
die für die gefährlichsten Spionin des
Weltkrieges gehalten wurde.

**Sie versäumen Ihren schönsten
Kinoabend, wenn Sie Mata-Hari
nicht sehen!!**

Beiprogramm.

Auf nach Oeckinghausen!

Gasthof zum Deutschen Eck.

Sonntag, den 12. Februar 1933, ab 4 Uhr

Große karnevalistische Veranstaltung

Musik: Jazz-Kapelle. Es ladet ein: Ludwig Baake.

Immer billig!

la. Weizenmehl Goldstaub 2 Pfd. Btl. 48.
la. " " " 5 " 110.
la. Weizenmehl hochbackend p. Pfd. 19.
la. Haferpflocken . . . p. Pfd. 20.
la. helles Salatöl . . . ltr. 38.
Allerfeinster Samos p. Flasche 98.
" Taragona p. Flasche 98.
Drogerie Baukloh, Kierspe-Bhf.

Ingenieurschule Elektrotechnik, Maschinenbau, Automobilbau, Flugzeugbau, Heizungsbau, Kältetechnik, Landw. Masch., Radiotechnik
Lage Stadt, anerkannt v. Lloyd, Architektur, Tiefbau, Eisenbeton, Stahlbau, Tonindustrie
Bauschule Stadt, anerkannt v. Lloyd, Architektur, Tiefbau, Eisenbeton, Stahlbau, Tonindustrie

Gelegenheitskäufe!

Küche
echt Kirschbaum . . . nur **185.-**
Speisezimmer
echt Nussbaum . . . nur **295.-**
Schlafzimmer
echt Eiche . . . nur **285.-**

Wer zuerst kommt mahlt zuerst
Möbelhaus Aug. Bührmann
Iserlohn und Lüdenscheid

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Halver. Sonntag 10 Uhr vorm. Gottesdienst, Pastor Große-Dresselhaus. 11 Uhr Taufen, Kindergottesdienst. Bücherausgabe der Kirchlichen Volksbibliothek. Dienstag abends 8.15 Uhr Kirchenchor. Donnerstag abends 8.30 Uhr Vorbereitung für den Kindergottesdienst. Freitag abds. 8 Uhr Kirchlicher Posaunenchor.
Ev. Vereinshaus Halver. Samstag 4 Uhr Jung- schar, Knaben. 8.30 Uhr Bibelbesprechung und Gebetsstunde. Sonntag, 4.30 Uhr Bibelstunde, (Herr Bröder) 5.30 Uhr Jungfrauenverein, Bibel- besprechung, 8 Uhr Jünglingsverein. Montag, 8 Uhr Jünglingsverein, Turnen. 8.30 Uhr Jung- frauenchor, Mittwoch 3.30 Uhr Jungf. schar, Mäd- chen, 8.30 Uhr Jünglingsverein, Bibelbesprechung 8.30 Uhr Jungfrauenverein, geteilte Gruppen, Donnerstag 4 Uhr Missionshandarbeitsverein. Freitag 8.30 Uhr Männerchor.
Blaukreuzverein Halver. Sonntag d. 12. Febr. nachm. 3 Uhr Bibelstunde Donnerstag, 16 2. abds. 8.30 Uhr Bibelbesprechung.
Freie evangelische Gemeinde Halver. Sonntag morgens 9.45 Uhr Erbauungsstunde, 11 Uhr Son- tagschule 4 Uhr Abschiedsversammlung (Mis- sionar Jung - Neukirchen) Montag abends 8.30 Uhr Jungmänner - Bibelkreis. Dienstag abends 8.30 Uhr Gem. Chor. Mittwoch nachm. 4 Uhr Frauen - Missionsstunde, abends 8.15 Jung- mädchenverein, Donnerstag abends 8.30 Uhr Ge- betsstunde. Samstag abends 8.30 Uhr Männer- chor.
Katholische Gemeinde Halver. Sonntag 8 Uhr Frühmesse mit Predigt. 10.15 Uhr Hochamt 2.30 Uhr Andacht. 4 Uhr Jungfrauenverein.
Ev. Gemeinde Brügge. Sonntag 10 Uhr Gottes- dienst. 11.15 Kindergottesdienst. 2.30 Uhr Bibel- stunde in Dillinghausen. Dienstag 3-6 Uhr Samariterkursus im Konfirmandensaal für Brüg- ge 8.30 Uhr, Kirchenchor. Mittwoch 3-6 Uhr Samariterkursus in der Bösenbach. 8 Uhr Bibel- stunde im Konfirmandensaal, 8 Uhr Posaunen-

Photographien

als Geschenke
Preise zeitgemäß.

Ad. Kaiser, Halver (Westf.)
Berlinerstraße 5.

chor, Donnerstag 2.30—5.30 Uhr Samariterkursus in Dillinghausen.
Ev. Gemeinde Schalksmühle Sonntag 10 Uhr Gottesdienst. 11.15 Uhr Kindergottesdienst 3 Uhr Jungf. schar. 5.30 Uhr Blaukreuzverein, 8 Uhr Gemeinschaftsstunde. Montag 8 Uhr Posaunen- chor. Dienstag 8.30 Uhr Jungmädchenverei- Mittwoch 8.30 Uhr Bibelstunde. Donnerst. 8.30 Uhr Jugendbund für E. C., Vorbereitung für den Kindergottesdienst. Freitag 8 Uhr Män- nerchor. Sonnabend 8.30 Uhr Gemischter Chor.
Ev. Gemeinde Breckerfeld. Sonntag, d. 12. Febr. 10 Uhr Gottesdienst, 11.15 Uhr Kindergottesdienst, 3.30 Uhr Kirchl. Gemeinschaft. Dienstag 8.30 Uhr Jungmännerverein. 8.30 Uhr Kirchenchor im Kindergarten. Mittwoch 3 Uhr Monatsversamm- der Frauenhilfe, 8.30 Uhr Gelferkreis des Kindergottesdienstes, Donnerstag 8.30 Uhr Jung- mädchenverein Weggenoffenkreis. Samst. 3.30 Uhr Jungmännerverein, 4 Uhr Jungf. schar des Jungmädchenvereins, 8 Uhr Posaunenchor.
Ev. Gemeinde Kierspe-Bhf. Sonntag 9.30 Uhr Kin- dergottesdienst. 10.30 Uhr Hauptgottesdienst, Pfarrer Eggerling, Dienstag 8.30 Uhr Po- saunenchor Kierspe. 8.30 Uhr Jungmädchenbund Freitag 8.30 Uhr Kirchenchor. Samstag 8.30 Uhr Männerchor.
Ev. Gemeinde Kierspe-Bhf. Sonntag 9.30 Uhr Kindergottesdienst, 10.45 Uhr Gottesdienst. Mon- tag 8.30 Uhr Gemeinschaftschor, Dienstag 8.15 Uhr Kirchenchor. Mittwoch 8.30 Uhr Jungmäd- chenbund. Freitag 3.15 Uhr Frauenhilfe 8.30 Uhr Jünglingsverein. Sonnabend 2.30 Uhr Jungf. schar.
Vollwerk. Sonntag 9.30 Uhr Gottesdienst. 10.30 Uhr Kindergottesdienst. 10 Uhr Kindergottes- dienst Vollme. Dienstag 8.30 Uhr Posaunen- chor Vollme. Mittwoch 8.30 Uhr Kirchenchor. Freie ev. Gemeinde Kierspe-Bahnhof. Sonntag 9.30 Uhr Gemeinde Erbauungsstunde, 11 Uhr Kinder Sonntagschule, 16 Uhr Versammlung für Jedermann. Dienstag 16 Uhr Frauenverein, 20.30 Uhr Jungfrauenverein. Mittwoch 2.30 Uhr Gebetsstunde. Donnerstag 20.30 Uhr Gem. Chor Freitag 8.30 Uhr Jünglingsverein.